

Samenspende für Lesben jetzt erlaubt

Nun haben in der Schweiz auch lesbische Paare Zugang zur Fortpflanzungsmedizin – das Interesse ist gross. Doch von konservativer Seite regt sich Widerstand. Sie fordert eine erneute Abstimmung.

Kari Kälin

BERN. Die «Ehe für alle» macht es möglich: Seit Anfang Juli dürfen in der Schweiz auch lesbische Paare dank einer Samenspende schwanger werden. Dutzende Frauenpaare befassen sich bereits sehr konkret mit dem Thema, wie eine Umfrage bei mehreren Reproduktionskliniken zeigt. Am Universitätsspital Basel zum Beispiel haben in den letzten Monaten 15 Paare via E-Mail oder in einer Konsultation Interesse signalisiert, schreibt Alexander Quaas, leitender Arzt der Reproduktionsmedizin, auf Anfrage.

Bei der Klinik Fertisuisse in Olten haben sich mehr als 20 Frauenpaare nach einer Samenspende erkundigt. Voraussichtlich diesen August werde die erste lesbische Frau eine Behandlung beginnen, sagt Ärztin und Fertisuisse-Gründerin Anna Raggi.

Gesunde junge Männer

Das Kinderwunschzentrum OVA IVF in Zürich hat bis jetzt zwanzig Frauenpaare mit definitivem Kinderwunsch beraten. Peter Fehr, Facharzt für Gynäkologie, geht davon aus, dass die ersten lesbischen Frauen im kommenden Monat behandelt werden. Weitere 50 Paare interessieren sich für eine Samenspende oder haben bereits einen Beratungstermin vereinbart. Wegen des grossen Andrangs – auch von heterosexuellen Paaren – gibt es beim Kinderwunschzentrum OVA IVF momentan Wartelisten. Das Durchschnittsalter bei heterosexuellen Frauen betrage rund 36 Jahre, sagt Fehr. Die lesbischen Frauen mit Kinderwunsch seien oft jünger.

Kinder, die dank einer Samenspende geboren werden, haben ab 18 Jahren das Recht, die Identität ihres biologischen Vaters zu erfahren. Als Samenspender kommen gesunde Männer im Alter von 20 bis 40 Jahren mit guter Spermienqualität infrage. Gemäss dem Gesetz über die medizinische Fortpflanzung dürfen nur die Blutgruppe und äusserliche Merkmale wie Augen- und Haarfarbe oder Grösse bei der Wahl der Sa-



menzellen berücksichtigt werden. Das bedeutet: Der behandelnde Arzt achtet bei heterosexuellen Paaren darauf, dass sich der Spender und der rechtliche Vater ähneln. Auch lesbische Paare können sich dafür entscheiden, äusserliche Merkmale mit der Co-Mutter abzugleichen. In jedem Fall unzulässig bleibt es, den Samengeber nach dessen Intellekt zu bestimmen.

Während erste lesbische Paare an den Pforten von Reproduktionskliniken anklopfen, bleiben Kinder für gleichgeschlechtliche Eheleute ein Politikum. Die Schwulenorganisation Pink Cross verlangt in einem kürzlich veröffentlichten Familienpapier, die Leihmutterschaft in der Schweiz zu legalisieren – mit ethischen

Leitplanken, um die Leihmütter vor Ausbeutung und der Verletzung ihrer Menschenwürde zu bewahren.

Pikant: Noch im letzten August sagte Pink-Cross-Geschäftsführer Roman Heggli dem «Tages-Anzeiger», die Schwulenverbände würden nach der Abstimmung nicht die Leihmutterschaft fordern.

Konservative wollen neu abstimmen

Gesellschaftspolitisch genau in die umgekehrte Richtung zielt ein Vorhaben, das die Nachfolgeorganisation des Jugendkomitees gegen die Ehe für alle, die Aktionsgruppe Jugend für Ehe und Familie, vorantreibt. Bis jetzt zählt sie mehr als dreissig Mitglieder, zur Trägerschaft gehören die

Junge EDU Schweiz sowie mehrere Kantonssektionen der JSVP. Die Aktionsgruppe will mit einigen ihrer Mitglieder ein neues Initiativkomitee gründen, das die Samenspende in der Schweiz ins Visier nimmt – für heterosexuelle und lesbische Paare. Es gebe kein Recht auf ein Kind, sagte ein Mitglied bereits unmittelbar nach der Abstimmung zur «Ehe für alle» im vergangenen September. Mit der Samenspende werde ein Kind zur Ware degradiert.

Als Co-Präsident der Aktionsgruppe wirkt Wilhelm Wyss, Mitglied der JSVP Baselland. Er argumentiert unter anderem mit dem Kindeswohl: Die Präsenz eines Vaters sei zentral für die kindliche Entwicklung. Im Herbst wollen die Mitglieder des Initiativkomitees entscheiden, welchen politischen Weg sie beschreiten wollen.

Zur Debatte stehen mehrere Varianten, unter anderem eine Volksinitiative mit einem vollständigen Verbot. Auch Mitglieder des eidgenössischen Parlaments hätten Interesse gezeigt, beim Kampf gegen die Samenspende mitzutun, sagt Wyss.

Lesbenorganisation reagiert gelassen

Wyss ist zuversichtlich, die nötigen 100 000 Unterschriften zusammenzubringen. Bloss: Ist es nicht eine Zwängerei, so kurz nach einem so deutlichen Verdikt des Volks Letzteres schon wieder zum gleichen Thema an die Urne zu beordern? «Eine Initiative zu lancieren, ist ein demokratisches Recht», sagt er. Und die Linken hätten nach dem Ja zum Kampfetkauf auch umgehend eine Initiative gegen den F-35 gestartet.

Der Angriff auf die Samenspende überrascht Muriel Waeger nicht. «Es werden immer wieder rückwärtsgewandte Initiativen lanciert, wie etwa bei der Abtreibung», sagt die Co-Geschäftsleiterin der Lesbenorganisation LOS. Einer allfälligen Abstimmung blickt sie gelassen entgegen. «Das Volk hat seinen Willen im letzten Herbst klar ausgedrückt.» Und so wünscht Waeger dem Jugendkomitee viel Glück beim Unterschriftensammeln.

Bald in der Schweiz Realität: Doppeltes Mutterglück dank Samenspende.

BILD KEY